

Deutschland-TrendBuch

Fakten und Orientierungen

herausgegeben von Karl-Rudolf Korte und Werner Weidenfeld

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001.
Schriftenreihe Band Nr. 375

Verlagsausgabe: Leske+Budrich, Opladen 2001.
737 Seiten mit zahlreichen Tabellen und Grafiken, DM 49,80

ISBN 3-8100-3212-3

Deutschland bewegt sich. Wohin? Welche Entwicklungstrends sind erkennbar? Dieser Frage sind 24 ausgewiesene Autoren intensiv nachgegangen. Die Ergebnisse ihrer Bestandsaufnahme und die daraus abgeleiteten Zukunftsoptionen sind im Deutschland-TrendBuch soeben erschienen. Hier einige wichtige Trends:

1. Sicherheitsbedürfnis wächst

Sicherheit, das ist nicht erst nach dem 11. September deutlich geworden, hat für die Deutschen oberste Priorität. Damit ist nicht nur die aktuell diskutierte äußere und innere Sicherheit gemeint, sondern auch die Sicherheit als Arbeitnehmer und Konsument. Sehnsucht nach Sicherheit bleibt ein Kennzeichen der politischen Kultur der Deutschen.

2. Misstrauen greift um sich

Über die Hälfte aller Deutschen empfindet kein Vertrauen zu ihren Mitmenschen. Politiker werden sogar noch argwöhnischer beobachtet: Nur rund 30 Prozent aller Befragten sprechen den Politikern ausdrücklich das Vertrauen aus. Eine Misstrauensgesellschaft entsteht. Damit bröckelt der Kitt, der die Gesellschaft kollektiv bindet.

3. Parteien verlieren Bodenhaftung

Das Misstrauen betrifft vor allem die Parteien: Massiver Mitgliederschwund, Ansehensverlust und zahlreiche Skandale in den letzten Jahren führen zu einer schleichenden Legitimationskrise. Die Volksparteiendemokratie zerfällt und damit auch der Kompass, um Politik zu bewerten: An die Stelle von Parteien und Programmen treten Personen und Pragmatismus. Beliebigkeit macht die Deutschen zu „Schnäppchenjägern“, die rational und individuell nach erlebnisorientierter Selbstverwirklichung suchen.

4. Bedarf an Entscheidern wächst

Angesichts der Aufweichung von Orientierungsmilieus, die Sicherheit und Vertrauen vermitteln könnten, wächst der Bedarf an Entscheidern, welche die Technik der Darstellungspolitik beherrschen. Regieren wird zukünftig immer mehr zum Moderieren in der Publikumsgesellschaft, anstelle von hierarchischer Steuerung.

5. Medien regieren die Öffentlichkeit

Politikwahrnehmung und Politikvermittlung befinden sich fest in Hand der allgegenwärtigen Medien. Politische Inhalte müssen medienwirksam portioniert und präsentiert werden. Die Massenmedien legen der Politik ihre Regeln auf: Zeitbudgetierung, Quotenkonkurrenz und Fokussierung auf Schlüsselthemen sind die Vorgaben, denen die Politik nachkommt. In der Bundesrepublik lässt sich ein deutlicher Trend in Richtung auf die Konstellation der US-amerikanischen Mediendemokratie beobachten.

6. Krise der Repräsentation

Die traditionellen gesellschaftlichen Milieus sind nicht zerfallen. Aber die jeweiligen Einstellungsgruppen finden in den politischen Repräsentanten kein auf sie zugeschnittenes Sprachrohr mehr. Die unterschiedlichen politischen Lager versuchen Anhänger aus der gesamten Breite der Bevölkerungsschichten an sich zu binden. Damit bieten die Parteien in ihrer Konturlosigkeit keine Orientierung und beziehen unklare und austauschbare Positionen. Die jeweiligen Einstellungsgruppen haben keine wirkliche öffentliche Repräsentanten mehr.

7. Bürger wollen aktiv werden

Der Wunsch der Deutschen nach politischer Beteiligung ist hoch, auch wenn sie keine Parteikarrieren anstreben. Die Deutschen wollen direkt, projektbezogen und zeitlich begrenzt politisch aktiv werden, statt in politischen Positionen zu Amt und Würden zu gelangen. Dieser Trend lässt sich als Gegenbewegung zur Politikverdrossenheit und zum Ansehensschwund der Parteien identifizieren. Dieser Tendenz tragen die Parteien mit neuen Versuchen der direkten Beteiligung Rechnung: Internetpräsenz und Reformvorschläge die auf Partizipation setzen, gehen in diese Richtung.

8. Internet eröffnet politische Spielräume

Das Internet kann für die basisorientierte Entwicklung der Demokratie eine wichtige Rolle spielen. Die neuen Konzepte des „e-government“ und der „e-policy“ verdeutlichen, dass die Kommunikation zwischen Bürger und Politik eine ganz neue Qualität bekommen hat. Einerseits scheinen die Möglichkeit der zweiseitigen Kommunikation eine realistische Perspektive für die Verwirklichung einer „aktiven Volkssouveränität“ zu öffnen, andererseits steht jedoch die Ausgrenzung eines nicht unerheblichen Teils der Bevölkerung zu befürchten, der nicht an das Internet angeschlossen ist.

9. Wert von Wissen steigt

Wissen wird in Deutschland neu bewertet: Gefragt wird nach der praktischen Anwendbarkeit von „Wissen“ und „Information“ in Produktionsprozessen. In der weiteren Entwicklung sind zwei Szenarien denkbar: Das eine Szenario nimmt an, dass die Wissensgesellschaft auf der Grundlage der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien den Schlüssel zur Lösung unserer Probleme bietet – das andere geht davon aus, dass der Wandel wesentliche Lebensbedingungen der westlichen Welt infrage stellt.

10. Arbeit wird flexibel

Die Umbrüche in der Wirtschafts- und Arbeitswelt beschreiben den Wandel weg von einer eher homogenen Industriegesellschaft hin zu einer deutlich heterogeneren Dienstleistungsgesellschaft. Die stärkere Dezentralisierung und Individualisierung dürften auch zu einer Gewichtsverlagerung bei der Organisation der Daseins- und Zukunftsvorsorge zugunsten individueller Lösungen und eines höheren Maßes an Eigenverantwortung führen. Dabei sollte man nicht aus dem Auge verlieren, dass punktuelle Lösungen wenig effektiv sind, da die einzelnen Politikbereiche stark interdependent sind und deshalb Anpassungen in einem Bereich komplementäre Änderungen in anderen Bereichen nach sich ziehen müssen.

11. Altersvorsorge mahnt zur Eigenverantwortung

Für die Zukunfts- und Daseinsvorsorge eigenverantwortlich aufkommen – eine Forderung die Ängste weckt. Die Finanzierung der Renten- und Krankenversicherung ist aufgrund der Überalterung und des Geburtenrückgangs nicht gesichert. Dennoch ist ein Trend zur eigenverantwortlichen Vorsorge bei Krankheit und Alter nicht erkennbar. Eine Mehrheit der Deutschen (64 Prozent) lehnt dies ab.

12. Der „mittlere Weg“ als Lösung

Der deutsche Sozialstaat muss reformiert werden. Notwendig und praktikabel erscheint ein schrittweises Abrücken von der statusorientierten und transfergestützten Einkommenssicherung zugunsten eines aktivierenden Sozialinvestitionsstaat – ein Umbau, wie ihn andere Länder, wie z.B. Dänemark und Niederlande bereits vollziehen.

13. Reizthema Einwanderung

Zuwanderung ist für die Deutschen ein unbeliebtes Thema. Obwohl Fachkräfte in vielen Dienstleistungsbereichen und den Neuen Medien dringend gesucht werden, fühlen die Deutschen sich Fremden gegenüber unsicher. Trotz der Finanzierungslücken in Renten- und Sozialversicherung wird Einwanderung von der Bevölkerung kritisch gesehen. 60 Prozent der Deutschen wenden sich gegen eine vermehrte Zuwanderung, die finanzielle Engpässe ausgleichen könnte.

14. Kultur erhält als Sinnform eine wachsende Bedeutung

Die kulturelle Entwicklung im geteilten Deutschland reflektiert die Auseinandersetzung mit konkurrierenden politischen Leitvorstellungen, den gesellschaftlichen Wertewandel, die Ausbildung neuer Kulturmilieus und dem Spannungsfeld zwischen nationalen Traditionen und internationaler Orientierung. Kultur wird dabei zum einen zunehmend zu einer wesentlichen Komponente der Individualisierung, die zwischen Selbststilisierung und einer selbstreflexiven Gestaltung des eigenen Lebens changiert. Zum anderen entwickeln Kunst, Kultur und Wissenschaft neue Vermittlungsformen, die eine Brücke für gesellschaftliche Selbstverständigung bilden.

15. Deutsche Identität bleibt gespalten

Aufgrund der doppelten Geschichtserfahrung in Ost und West bleibt die deutsche Identität in näherer Zukunft gespalten. Zudem drohen soziale Einstellungsunterschiede eine weitere West-Ost-Differenzierung zu verursachen.

C·A·P Centrum für angewandte Politikforschung

FORSCHUNGSGRUPPE DEUTSCHLAND

Ludwig-Maximilians-Universität München

Oettingenstr. 67

80 538 München

Tel: (089) 2178-3084

Fax: (089) 2178-3087

e-mail (Redaktion): Johanna.Schmidt@lrz.uni-muenchen.de